STADT BIELEFELD
- Psychiatriebeirat -

Sitzung Nr.
PB/018/2025

Niederschrift
über die Sitzung des Psychiatriebeirates
am 05.03.2025

Tagungsort:	Nowgorod-Raum, EG, Altes Rathaus
Beginn:	13:30 Uhr
Ende:	15:58 Uhr

Anwesend:

Mitglieder
Herr Özgür Aydin
Frau Sonja Bergenthal
Herr Thorsten Buick
Herr Frank Gauls
Herr Rainer Göke
Frau Beate Graul
Herr Jan-Gert Hein
Herr Jens Georg Köhler
Frau Andrea Kröpp
Frau Gisela Krutwage
Frau Anke Lesner
Herr Daniel Müller
Frau Cornelia Neumann
Herr Hans-Jürgen Nolte
Herr Udo Pohle
Frau Regine Schrader
Frau Nicole Steininger

Verwaltung
Herr Felix Heckersdorf — zu TOP 7, Büro für Sozialplanung

Schriftführung
Frau Britta Zimmermann

Nicht anwesend:

Mitglieder

Frau Anke Berkemeyer	- entschuldigt -
Frau Heleen Eva Blondeel	- entschuldigt -
Herr Dr. Matthias Böhringer	
Frau Christa Großmann	
Frau Sabine Jacobs	
Frau Joana Langenbrinck	- entschuldigt -
Frau Sandra Münstermann	

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Herr Müller begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.
Er verweist auf die nachgereichte Tischvorlage zu **TOP 7** „Weiterentwicklung Hilfen für Menschen auf der Straße und Menschen mit Suchterkrankungen - Sachstand“ mit der **Drs-Nr. 9442.**
Es gibt keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung.

Vorsitzender Herr Müller begrüßt Frau Bergenthal als neue Psychiatriekoordinatorin der Stadt Bielefeld und bittet sie, sich kurz vorzustellen.

-.-.-

Zu Punkt 1 Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder

Vorsitzender Herr Müller begrüßt Frau Andrea Kröpp als neues Mitglied des Psychiatriebeirates (PB). Der Sozial- und Gesundheitsausschuss (SGA) habe sie und die heute leider verhinderte Frau Joana Langenbrinck in der Sitzung am 07.01.2025 als Mitglieder des Psychiatriebeirates ernannt.

Frau Langenbrinck übernehme die Nachfolge von Frau Brandtmann als Vertreterin des Kooperationskreises Kinder- und Jugendpsychiatrie.
Frau Kröpp sei von der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft Bielefeld (PSAG) vorgeschlagen als Nachfolgerin für Herrn Klein.

Frau Andrea Kröpp wird vom Vorsitzenden Herrn Müller nach folgender Formel verpflichtet:
„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“
Frau Andrea Kröpp bekräftigt ihre Zustimmung mit einem vernehmbaren „Ja.“.

-.-.-

Zu Punkt 2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 17. Sitzung des Psychiatriebeirates am 20.11.2024

Beschluss:

Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 17. Sitzung des Psychiatriebeirates am 20.11.2024 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3 Mitteilungen

Zu Punkt 3.1 Informationen aus dem Sozial- und Gesundheitsausschuss

Vorsitzender Herr Müller verweist auf die im Gremien-Informationsportal einsehbaren Sitzungsunterlagen zur vergangenen 48. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses (SGA) am 18.02.2025. Dort stünden auch die Präsentationen zur Verfügung.

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Weitere Sitzungstermine 2025

Vorsitzender Herr Müller verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung des Amtes für soziale Leistungen - Sozialamt und bittet die Anwesenden, sich die weiteren Sitzungstermine vorzumerken.

-.-.-

Zu Punkt 4 Kooperationsprojekt „PeerConnect“: Verstetigung und Weiterentwicklung des Projekts „BEA - Beraten, Ermutigen, Assistieren“

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9236/2020-2025

- Der Psychiatriebeirat nimmt die Drucks.-Nr. 9236/2020-2025 zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 5 Psychisch krank im Alter – Wege aus der Isolation Beratung für die Unterstützung von einsamen, älteren Menschen mit chronischen psychischen Erkrankungen und Suchtproblemen.

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9254/2020-2025

Vorsitzender Herr Müller bittet Herrn Köhler um eine kurze Einführung in das Projekt.

Herr Köhler stellt anhand einer Präsentation das Projekt des Sozialpsychiatrischen Dienstes des Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes der Stadt Bielefeld vor. Die Präsentation steht als Anlage 1 zu TOP 5 der 18. Sitzung des Psychiatriebeirates im Gremieninformationssystem öffentlich zur Verfügung.

- Der Psychiatriebeirat nimmt die Drucks.-Nr. 9254/2020-2025 zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 6 Problemanzeigen Gerontopsychiatrische Versorgung

Vorsitzender Herr Müller begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Saradjuk. Deren Präsentation steht als **Anlage 2** zu TOP 6 der 18. Sitzung des Psychiatriebeirates im Gremieninformationssystem zur Verfügung.

Sie beschreibt die Herausforderungen an die Klinik, die sich durch eine unzureichende Versorgungslandschaft ergäben: Eigentlich als Akut-Klinik gedacht, verblieben immer wieder Patient*innen in der Gerontopsychiatrie länger als 90 Tage. Es gebe nicht genügend Angebote für eine Anschluss-Versorgung in Bielefeld, insbesondere mit sog. geschützten Bereichen wie auch psychiatrisch geschultem Personal. Die demografische Entwicklung verschärfe in den kommenden Jahren die Situation in Bielefeld. Als eine Lösungsmaßnahme unter weiteren zeigt Frau Saradjuk den Ausbau spezialisierter Pflegeeinrichtungen auf.

Hierzu regt Frau Krutwage an, hierüber in den Austausch mit der Pflegebedarfsplanung der Stadt Bielefeld zu treten, die gerade den neuen Pflegebedarfsplan erarbeite. Dabei sollten die jetzt aufgezeigten Bedarfe einfließen. Frau Saradjuk antwortet, dass sie in der Arbeitsgruppe „Gerontopsychiatrische Komplexfälle“ bei der Stadt Bielefeld mitarbeite, die sich u.a. mit diesem Thema beschäftige. Es sei eine Überlegung wert, die Pflegebedarfsplanung unter Berücksichtigung der spezifischen Belange künftig auch im Psychiatriebeirat vorzustellen.

Vorsitzender Herr Müller weist auf die sich zuspitzende Lage hin und wünscht sich einen Impuls an die Politik, die ortsnahe Versorgung in Bielefeld zu gewährleisten.

Herr Köhler fragt nach der Einbindung der Gerontopsychiatrie in die Stationsäquivalente psychiatrische Behandlung (StäB) sowie nach der weiteren Entwicklung der gerontopsychiatrischen Ambulanz. Dabei wirbt er für die Stärkung der aufsuchenden Arbeit. Frau Saradjuk kündigt künftige Neuerungen in der psychiatrischen Ambulanz an, die u.a. die Ausweitung der StäB für die Gerontopsychiatrie beträfen. Ein Konzept für die künftigen Angebote der psychiatrischen Ambulanz werde gerade erarbeitet und Gruppentherapieangebote und vermehrte psychotherapeutische Angebote angestrebt.

Auf die Frage von Frau Schrader antwortet Frau Saradjuk, dass geringe Deutschkenntnisse für die gerontopsychiatrischen Einrichtungen zwar eine Herausforderung für die Arbeit am Patienten, aber kein Aufnahmehindernis seien. Demenzpatient*innen mit Migrationshintergrund seien zusätzlich zu einem Entfremdungsgefühl aufgrund des Ausfalls des Gedächtnisses, auch vom Verlust der Zweitsprache, die sich mitunter als erstes verliere, betroffen. Dadurch könne sich diese Patient*innengruppe nicht mehr mitteilen oder andere verstehen, was zu einer Art „doppelten“ Entfremdung führe.

Frau Lesner fragt nach dem Zusammenhang von Alter und Trauma, ob dies in der stationären Behandlung Berücksichtigung finde. Lebensgeschichtliche Aspekte hätten auch in ihrer Arbeit Relevanz, bestätigt Frau Saradjuk. Sie sei zudem offen für Kooperationen zu diesem Thema.

-.-.-

Zu Punkt 7 Weiterentwicklung Hilfen für Menschen auf der Straße und Menschen mit Suchterkrankungen - Sachstand

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9442/2020-2025

Vorsitzender Herr Müller begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Heckersdorf. Dessen Präsentation steht als **Anlage 3** zu TOP 7 der 18. Sitzung des Psychiatriebeirates im Gremieninformationssystem zur Verfügung.

Herr Heckersdorf stellt die bereits umgesetzten und die geplanten Maßnahmen vor. Sie kennzeichneten eine Testphase, um Erkenntnisse für die spätere Machbarkeitsstudie zum Bahnhofsumfeld zu erlangen. Dabei gehe es um Fragen wie: Werden die Maßnahmen angenommen? Tragen sie zu einer Verbesserung der Situation bei? Kann dadurch Verhalten gesteuert oder mindestens beeinflusst werden?

Herr Heckersdorf geht auf die Entwicklung von Streetwork in Bielefeld ein. Abschließend berichtet er über ein von der Suchtkooperation NRW initiiertes Modellprojekt zur Behandlung von Menschen, die Kokain oder Crack konsumieren. Hierfür werde ein Drogenkonsumraum benötigt, so dass dessen Träger in das Modell einbezogen werde.

In der anschließenden Aussprache begrüßen zahlreiche Anwesende die vorgestellten Planungen und äußern sich zustimmend zur Beschlussvorlage.

Beschluss:

Der Psychiatriebeirat empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss zu beschließen:

1. **Der Sachstandsbericht zu den bereits ergriffenen Maßnahmen (Abschnitt I) wird zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, vor Ablauf der Testphase zu den Erfahrungen bezüglich der sog. 90/10-Regelung zu berichten.**

2. **Die Verwaltung wird beauftragt, die Schaffung neuer Aufenthaltsorte im Bahnhofsumfeld im Rahmen eines Gesamtkonzepts weiterzuverfolgen. Im Einzelnen soll die Verwaltung hierzu**
   a) **eine neue Anlaufstelle in anzumietenden Räumlichkeiten konzipieren, in der Ruhe- und stundenweise Schlafgelegenheiten angeboten werden.**
   b) **einen konkreten Vorschlag für eine probeweise Schaffung von Sitzgelegenheiten und Unterständen im Stadthallenpark entwickeln, um eine Ballung der „Szene“ in der Nähe von Eingängen zur Bahnhaltestelle oder der Stadthalle zu verringern. Die Sitzgelegenheiten sind in einen ganzheitlichen Entwurf einer temporären Umgestaltung zu integrieren, der auch abgrenzende Elemente zur Stadthalle enthält.**
   c) **für beide Maßnahmen die damit verbundenen Kosten kalkulieren.**

Dabei ist zu berücksichtigen, dass für die räumliche Abgrenzung zur Stadthalle noch die Übertragung von Flächen an die BBVG geklärt werden muss. Zudem müssen für die Aufenthaltsmöglichkeiten die Urheberrechte an der aktuellen Gestaltung des Parks beachtet werden, weshalb Abstimmungen mit dem Rechteinhaber erforderlich sind.

3. **Die Verwaltung wird beauftragt, konkrete Umsetzungsmöglichkeiten für mehr Witterungsschutz am Kesselbrink zu prüfen und mit dem zuständigen Architekturbüro abzustimmen sowie die damit verbundenen Kosten zu kalkulieren.**

4. **Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für die Ausweitung der Streetwork zu konkretisieren und die damit verbundenen Kosten zu kalkulieren.**

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Beteiligung der Stadt Bielefeld an Modellprojekten in NRW zur Behandlung von Menschen, die Kokain oder Crack konsumieren, zu ermöglichen und die zuständigen politischen Gremien rechtzeitig über ein konkretes Konzept für Bielefeld zu informieren.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8 <u>Aufnahmeanträge des KJP-OWL vom 13.11.2024 und des Netzwerks Wohnungsnotfallhilfe Bielefeld vom 15.11.2024</u>

Vorsitzender Herr Müller begrüßt Herrn Riedel von der KJP-OWL und Frau Schmerbach vom Netzwerk Wohnungslosenhilfe. Beide stellen kurz ihre Organisation vor.

Herr Riedel bringt als Anliegen der KJP-OWL vor, im Psychiatriebeirat als Stimme für die Kinder- und Jugendpsychotherapeut*innen mitzudiskutieren so wie das die APP für die Erwachsenenpsychotherapeut*innen tue.
Herr Gauls befürwortet, dass möglichst alle Lebensaltersstufen im Psychiatriebeirat vertreten seien. Herr Pohle begrüßt eine Aufnahme, da aus Angehörigensicht ein großer Bedarf bestehe. Frau Krutwage erinnert unter Hinweis auf die Regionalplanungskonferenz im November 2024 an die großen Herausforderungen im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie, denen sich das Gremien stellen wolle und solle, so dass es grundsätzlich Menschen mit Expertise zu diesem Thema im Psychiatriebeirat bedürfe. Herr Köhler erwartet, dass nicht nur die Interessen der Berufsgruppe vertreten würden, sondern gerade auch die der Klient*innen, die sich nicht über Selbsthilfegruppen oder eigene Vertreter*innen einbringen könnten.
Nach weiteren zustimmenden Äußerungen lässt Vorsitzender Herr Müller über den Aufnahmeantrag der KJP-OWL abstimmen.

Danach stellt Frau Schmerbach kurz das Netzwerk Wohnungsnotfallhilfe vor. Dieses Thema sei politisch und medial sehr präsent und die Vertretung im Psychiatriebeirat wichtig für alle Anbieter von Hilfen nach § 67 SGB XII. Frau Krutwage merkt an, dass auch das Thema Wohnungslosigkeit bei der Regionalplanungskonferenz betrachtet werde. Wohnungslosigkeit und

psychiatrische Herausforderungen stünden oft in einem engen Zusammenhang und sie begrüße, wenn die Expertise des Netzwerkes im Psychiatriebeirat eingebracht würde. Auch Herr Pohle und Herr Köhler äußern sich positiv zu einer Aufnahme.
Abschließend lässt Vorsitzender Herr Müller über den Aufnahmeantrag des Netzwerkes Wohnungsnotfallhilfe abstimmen.

Frau Zimmermann weist darauf hin, dass über die Aufnahme endgültig der Rat der Stadt Bielefeld mittels einer Satzungsänderung entscheiden müsse.

Beschluss:

1. Der Psychiatriebeirat spricht sich dafür aus, das Praxisnetz Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut:innen Ostwestfalen-Lippe e.V. in den Psychiatriebeirat aufzunehmen.

- einstimmig -

2. Der Psychiatriebeirat spricht sich dafür aus, das Netzwerk Wohnungsnotfallhilfe in den Psychiatriebeirat aufzunehmen.

- einstimmig -

getrennte Abstimmung einzelner Punkte

-.-.-

Zu Punkt 9 Änderung der Satzung für den Psychiatriebeirat der Stadt Bielefeld

Vorsitzender Herr Müller bittet Frau Bergenthal um die Einführung in diesen Tagesordnungspunkt. Frau Bergenthal stellt anhand einer Präsentation die Vorschläge für eine Satzungsänderung vor. Die Präsentation steht als **Anlage 4** zu TOP 9 der 18. Sitzung des Psychiatriebeirates im Gremieninformationssystem zur Verfügung. Der als Tischvorlage verteilte Entwurf einer Gegenüberstellung der vorgeschlagenen Veränderungen zu den bisherigen Regelungen steht als **Anlage 5** zu TOP 9 der 18. Sitzung des Psychiatriebeirates im Gremieninformationssystem zur Verfügung.

Frau Bergenthal erläutert, dass der Vorstand des Psychiatriebeirates im Zusammenhang mit den aktuellen Aufnahmeanträgen und der dadurch notwendigen Satzungsänderung eine grundsätzliche Überarbeitung der Satzung für sinnvoll erachte, denn in den 29 Jahren seit Bestehen des Psychiatriebeirates habe es viele gesellschaftliche und normative Veränderungen gegeben. Sie weist auf die aktuellen gesetzlichen Grundlagen hin, auf denen die folgenden Überlegungen basierten.

Durch eine Satzungsänderung sollten Inklusion und Interdisziplinarität gestärkt werden. Hierfür werde vorgeschlagen, den Anteil der Betroffenen

und der Angehörigen im Gremium zu erhöhen. Für die in § 6 PsychKG genannten Arbeitsfelder solle im Psychiatriebeirat Expertise vertreten sein, so wie sie durch die aktuellen Mitglieder bereits eingebracht werde. Für das Entsendeverfahren sei zu überlegen, dass die Mitgliederzahl nicht zu groß werde, um weiterhin ein effektives Arbeiten zu gewährleisten. Daher würde überlegt, wo es übergeordnete Netzwerke oder Zusammenschlüsse gebe, die ein Mitglied zur Abdeckung eines Arbeitsfeldes entsenden könnten, ohne dass es jeweils der konkreten Benennung einer einzelnen Institution oder Initiative bedürfe. Dies würde auch Wechsel erleichtern, da nicht immer eine Satzungsänderung notwendig werde.

Frau Bergenthal erläutert, dass die wegen der Neuaufnahmen unabdingbar notwendige Satzungsänderung durch den Rat der Stadt Bielefeld bis zum Sommer erfolgen solle, da dann die letzte reguläre Ratssitzung stattfinde. Im September 2025 fänden die Kommunalwahlen in NRW statt.
Frau Zimmermann ergänzt, dass die Vorschläge für die Entsendung der Mitglieder für den neuen Psychiatriebeirat der kommenden Wahlperiode 2025-2030 voraussichtlich im September 2025 eingeholt würden entsprechend der dann jeweils gültigen Fassung der Satzung. (Satzungs-)Änderungen müssten somit vom alten Rat bis zum Sommer beschlossen werden, um für die neue Wahlperiode Wirkung zu entfalten. Ein Wechsel der entsendenden Organisationen innerhalb einer Wahlperiode sei schwierig, da die Mitglieder des Psychiatriebeirates für die Dauer der Wahlzeit des Rates berufen würden.

Vorsitzender Herr Müller gibt zu bedenken, dass seit zwei Wahlperioden der Sitz des „Verbandes Niedergelassener Nervenärztinnen und Nervenärzte“ nicht wahrgenommen werde. Dies werde im Vorstand kritisch diskutiert. In diesem Zusammenhang erklärt Herr Nolte als Vertreter der Allgemeinen Ortskrankenkasse (AOK), dass die „AOK Westfalen-Lippe, Regionaldirektion Gütersloh, Bielefeld“ schon seit längerem in der „AOK Nord-West“ aufgegangen sei. Die AOK vertrete sich mehr auf Länder- als auf Kommunalebene und diskutiere intern die Verpflichtungen auf kommunaler Ebene. Herr Nolte stellt fest, dass sich die AOK gerne aus dem Psychiatriebeirat zurückziehe und den Platz für einen kommunalen Akteur freimache. Insofern sehe er die vorgeschlagene Satzungsänderung zur Ziffer 4, Nr. 19 unkritisch.
Vorsitzender Herr Müller sieht in den Ausführungen von Herrn Nolte den Beleg dafür, dass sich die Strukturen und Gremienlandschaften veränderten und bedankt sich bei ihm für die gute Zusammenarbeit.

Frau Schrader ist über das Fragezeichen nach „aus dem Bereich Psychosoziale Arbeit mit Migrantinnen und Migranten vorgeschlagen von der ?“ verwundert. Das „Netzwerk Migration und psychosoziale Versorgung der PSAG“ sei zwar eine Untergruppe der PSAG, es gebe aber keine personelle Schnittmenge. Die PSAG habe viele Untergruppen. Das „Netzwerk Migration und psychosoziale Versorgung“ beschäftige sich im Schwerpunkt mit der psychosozialen Arbeit, dort seien Vertreter*innen von Beratungsstellen, der Eingliederungshilfe und der Stadt Mitglieder.
Frau Bergenthal erklärt, dass das Fragezeichen nicht die Entsendung durch das „Netzwerk Migration und psychosoziale Versorgung der PSAG“ in Frage stellen wolle, sondern nachfrage, ob es weitere Akteure in diesem Arbeitsfeld gebe, die nicht über das Netzwerk vertreten würden und ob es in diesem Fall denkbar sei, dass z.B. das Kommunale Integrationszentrum der Stadt Bielefeld die Vertreter*innen vorschlage. Hierzu merkt Frau

Schrader an, das im Netzwerk alle Interessen zusammengeführt würden. Sie fände es gut, wenn der Psychiatrieberat nicht nur städtisch besetzt sei.

Herr Göke fragt nach der künftig angestrebten Mitgliederzahl im künftigen Psychiatriebeirat und dem Berufungsverfahren. Frau Zimmermann erklärt, dass der Sozial- und Gesundheitsausschuss die Beiratsmitglieder namentlich ernenne und daher die Mitgliedschaft an eine konkrete Person gebunden sei. Zur Anzahl ergänzt Frau Bergenthal, dass die vorgeschlagene Variante die aktuelle Anzahl nicht übersteigen solle.

Herr Gauls merkt an, dass er den Sitz des „Trägerverbundes der Ambulanten Suchthilfe in Bielefeld“, den sie sich mühsam erkämpft habe, in der neuen Fassung nicht wiederfinde. Frau Bergenthal antwortet, im Entwurf sei vorgeschlagen, dass das Arbeitsfeld Suchthilfe vertreten werden solle über zwei Vertreter*innen, vorgeschlagen von der „Arbeitsgemeinschaft (AG) Suchthilfe“. Herr Gauls sieht in den Pflichtverträgen die Begründung für den Sitz des Trägerverbundes im Psychiatriebeirat. Die vorgeschlagenen Änderungen müsse er dem Trägerverbund vorstellen und dort diskutieren.

Frau Bergenthal wiederholt, dass dem Änderungsvorschlag eine grundsätzlich andere Herangehensweise bei der Gremienbesetzung zugrunde liege: es gehe nicht um die Vertretung von Trägerinteressen, sondern um die Vertretung von Arbeitsbereichen und Handlungsfeldern. Dies sei eine Grundsatzentscheidung, über die der Psychiatriebeirat beraten müsse.
Herr Hein wirft ein, dass diese Herangehensweise voraussetzen würde, dass auch in den entsendenden Netzwerken/Institutionen trägerinteressenunabhängig gearbeitet werde, dem sei aber nicht so. Deshalb halte er den Vorschlag für schwierig, auch wenn er ihn gut nachvollziehen könne. Bei der Auswahl der entsendenden Organisationen solle daher gut hingeschaut werden.

Frau Neumann gibt zu bedenken, dass nach Auffassung der „Fachgruppe Beratung und Therapie der PSAG“ der Beratungsbereich zu wenig vertreten sei. Der vorgelegte Vorschlag würde diesen Bereich nochmals verkleinern, was sie bedauere. Sie trägt die Idee vor, den Psychiatriebeirat in einen „Beirat für psychische Gesundheit“ umzuwandeln und wegzukommen von der defizitorientierten Betrachtung psychischer Erkrankungen. Der Erhöhung des Anteils Betroffener und Angehöriger könne sie zustimmen. Für das vorgeschlagene geänderte Entsendungsverfahren werde sie wohl kein Votum der Fachgruppe bekommen.

Frau Lesner hinterfragt die Änderung, die den „Arbeitskreis Frauen und Psychiatrie bzw. Frauen/Mädchen und Sucht“ betreffe. Sie möchte wissen, ob hier eine Subsumtion unter das Arbeitsfeld Suchthilfe oder unter die Frauen- und Mädchenarbeit erfolgt sei. Sie verweist darauf, dass der Arbeitskreis sehr viele unterschiedliche Perspektiven zusammenbringe. Die gemeinsame Grundlage sei, dass es um frauen- und mädchenspezifische Belange gehe. Dies würde bei einer Subsumtion unter die Suchthilfe verloren gehen. Frau Lesner erläutert, dass Mitgliedsorganisationen im „Arbeitskreis Frauen und Psychiatrie bzw. Frauen/Mädchen und Sucht“ teilweise auch im „FemNet Bielefeld“ vertreten seien. Darüber hinaus gebe es im Arbeitskreis aber auch viele andere Einrichtungen. Die Schnittmenge sei also klein und sie befürchtet, dass die Belange der nicht im FemNet Bielefeld vertretenen Einrichtungen verloren gingen.

Herr Aydin betont, dass der Vorstand die Idee vorstellen wolle, im Psychiatriebeirat nicht institutionell, sondern fachspezifisch zu denken und dies gemeinsam zu entwickeln. Er begrüßt die Anregung von Frau Neumann, sich nicht defizitär, sondern positiv mit dem Thema „psychische Gesundheit“ zu beschäftigen.

Frau Krutwage unterstützt den Ansatz, sich anstelle von einzelnen Institutionen strukturiert an Handlungsfeldern zu orientieren. Sie verweist dafür auf die unter „Zielsetzung“ in § 1 der Satzung umrissenen Themen, Fragestellungen und Zielgruppen. Dies sei der Auftrag, an dem sich der Psychiatriebeirat orientieren müsse. Es erschließe sich nicht immer vollständig, welche Zielgruppe oder Fragestellung die jeweiligen Mitglieder des Psychiatriebeirates vertreten würden. Auch Frau Krutwage begrüßt die verstärkte Einbindung von Betroffenen, die ihre Perspektive einbringen könnten. Zu letzterem schlägt Herr Köhler vor, dass Angehörige und Betroffene auf Antrag eine Aufwandsentschädigung für ihre Mitarbeit im Gremium erhalten sollten. Dieser Vorschlag wird vom Vorsitzenden Herrn Müller unterstützt.

Vorsitzender Herr Müller erteilt einem anwesenden Einwohner das Wort.
Dieser äußert sich als Angehöriger und Betroffener positiv über die vorhandenen Angebote wie die Veranstaltung zur seelischen Gesundheit. Er wünsche sich mehr präventive und niederschwellige Angebote, insbesondere für Menschen, die neu z.B. am Bahnhof ankommen würden. Vorsitzender Herr Müller bedankt sich für diesen Beitrag.

Er eröffnet eine Diskussion über das weitere Vorgehen hinsichtlich der Satzungsänderung.
Frau Bergenthal führt aus, dass durch die empfohlenen Neuaufnahmen dem Rat eine Satzungsänderung vorgelegt werden müsse. Sie bittet darum, dass der Psychiatriebeirat dem Vorstand ein Mandat erteile, sich über die Neuaufnahmen hinaus grundsätzlich mit inhaltlichen Satzungsänderungen zu befassen.
Diesem Vorschlag stimmen die Anwesenden bei einer Enthaltung einstimmig zu.

Vorsitzender Herr Müller weist darauf hin, dass der Änderungsvorschlag und die ausgetauschten Argumente bis zur Maisitzung in den Organisationen besprochen werden sollten. Hieran entspinnt sich eine Diskussion um die zeitliche Abfolge. Herr Buick teilt mit, dass er grundsätzlich die stärkere Beteiligung von Betroffenen und Angehörigen sowie die Orientierung an Handlungsfeldern unterstütze. Er sehe aber keinen Zeitdruck für die Umsetzung dieser inhaltlichen Änderungen und befürworte, dass sich die Institutionen ausreichend und in Ruhe mit dem Thema befassen könnten.
Frau Krutwage zeigt dazu die Möglichkeit auf, vor den letzten regulären Sitzungen des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 24.06. und des Rates am 10.07.2025 mit einer Sondersitzung des Psychiatriebeirates eine inhaltliche Satzungsänderung auf den Weg zu bringen. Möglicherweise müsse aber auch die Änderung des Entsendungsverfahren dem neuen Psychiatriebeirat als Aufgabe überlassen werden. Die Neuaufnahmen müssten in jedem Fall für die nächste Wahlperiode umgesetzt werden.
Die Anwesenden folgen dem Vorschlag von Frau Krutwage, nur die Punkte jetzt umzusetzen, auf die sich die Anwesenden heute einigen können und die restlichen Änderungen im neuen Psychiatriebeirat zu beraten. Um Klarheit zu erhalten, welche konkreten Änderungen jetzt aufgenommen und

welche Fragen weiterbearbeitet werden sollen, protokolliert Frau Zimmermann für alle Anwesenden sichtbar die folgenden Punkte und verliest sie im Anschluss:

- AOK-Sitz wird gestrichen
- Aufnahmen KJP, Netzwerk Wohnungslosenhilfe
- Öffentlichkeit der Sitzungen
- Anteil der Betroffenen wird erhöht auf 3
- Anteil der Angehörigen wird erhöht auf 2
- Ein Betroffener/Angehöriger ist Vorstandsmitglied
- Synopse für 7.5. vorbereiten, Satzungsänderung mit Neuaufnahmen in 2025, Entsendungsverfahren in der neuen Wahlperiode
- Aufwandsentschädigung für Ehrenamtliche *(damit sind die Angehörigen und Betroffenen gemeint)*

Es gibt keine weiteren Ergänzungen oder Anmerkungen hierzu, so dass Vorsitzender Herr Müller den Vorschlag zur Abstimmung stellt.

Beschluss:

Der Psychiatriebeirat beauftragt den Vorstand des Psychiatriebeirates, zusammen mit der Verwaltung einen Vorschlag für eine Änderungssatzung für die Satzung des Psychiatriebeirates der Stadt Bielefeld zu erarbeiten, in der die folgenden Punkte berücksichtigt sind:

- **AOK-Sitz wird gestrichen**
- **Aufnahmen KJP, Netzwerk Wohnungslosenhilfe**
- **Öffentlichkeit der Sitzungen**
- **Anteil der Betroffenen wird erhöht auf 3**
- **Anteil der Angehörigen wird erhöht auf 2**
- **Ein Betroffener/Angehöriger ist Vorstandsmitglied**
- **Synopse für 7.5. vorbereiten, Satzungsänderung mit Neuaufnahmen in 2025, Entsendungsverfahren in der neuen Wahlperiode**
- **Aufwandsentschädigung für Ehrenamtliche**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Vorsitzender Herr Müller stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

gez. gez.

Daniel Müller
(Vorsitzender)

Britta Zimmermann
(Schriftführung)